

Motion Christa Ammann (AL): Die Härtefallgesuche der Familien von jugendlichen Sans Papiers mit einer Lehrstelle müssen anders behandelt werden!

Ab dem 1. Februar 2013 können jugendliche Sans Papiers in der Schweiz unter bestimmten Voraussetzungen eine Berufslehre machen. Dabei ergibt sich folgendes Problem:

Eltern von jugendlichen Sans Papiers mit einer Lehrstelle müssen ein eigenes Gesuch um eine Härtefallbewilligung nach Art. 30 AuG oder nach Art. 14 AsylG stellen. Das Recht auf die Einheit der Familie, welches sowohl in der Bundesverfassung (Art. 13 und Art. 14 BV) wie auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention (Art. 8 EMRK) und der Kinderrechtskonvention (Art. 7 KRK) festgehalten ist, wird nur dann nicht verletzt, wenn die Familie der/des Jugendlichen mit einer Lehrstelle auch in der Schweiz bleiben kann.

Die jugendlichen Sans Papiers geben mit der Offenlegung ihrer eigenen Identität auch diejenige ihrer Familie preis. Die Ungewissheit darüber, ob ihre Familien abgeschoben werden, weil sie eine Lehre machen wollen, stellt eine enorme Belastung dar. Im Falle eines negativen Entscheides ist mit grossen Schuldgefühlen der Jugendlichen gegenüber ihren Familien zu rechnen. Die Jugendlichen vor den Entscheid zu stellen, ob sie ihr Recht auf Bildung einfordern wollen und so bei einem negativen Entscheid die Abschiebung ihrer ganzen Familie in Kauf nehmen, oder ob sie doch lieber keine Ausbildung machen, um ihre Familie zu schützen, umfasst ein Ausmass, welches Jugendlichen nicht zugemutet werden sollte.

Zudem werden Gesuche um Härtefallbewilligungen von Familien, welche schon mal einen Asylantrag gestellt haben, nicht nach Art. 30 des Ausländergesetzes behandelt (wie dasjenige der Jugendlichen selber), sondern müssen gemäss Art. 14 des Asylgesetzes gestellt werden. Wurde das Asylgesuch in einem anderen Kanton als dem aktuellen Wohnkanton der Familien gestellt, ist das für die betroffenen Familien problematisch: die Integration der Familien wird dann nämlich nicht in ihrem derzeitigen Wohnkanton geprüft, sondern in demjenigen, wo sie vormals das Asylgesuch gestellt haben.

Da die beiden Bundesgesetze (AuG und AsylG) aber nicht zwingend sind, könnten die kantonalen Stellen auch auf ein Gesuch um eine Härtefallbewilligung nach Art. 30 AuG eintreten, selbst wenn die Person/Familie vormals einen Asylantrag gestellt hat.

Die Motionärin fordert deshalb den Gemeinderat auf, folgende Punkte zu realisieren:

1. Die städtische Fremdenpolizei behandelt die Gesuche von den Familien von jugendlichen Sans Papiers, welche eine Lehrstelle haben, innerhalb von 10 Tagen. So befinden sich der/die Jugendliche und seine/ihre Familie nicht über eine lange Dauer in einer ungewissen, belastenden Situation.
2. Die Gesuche der Familien sind von der städtischen Fremdenpolizei bei positiver Beantwortung des Gesuches der/des Jugendlichen positiv zu beantworten und so an das Bundesamt für Migration (BFM) weiterzuleiten.
3. Wird das Gesuch der Familie vom BFM negativ beantwortet, sind die Familienangehörigen während der Dauer der Ausbildung in der Stadt Bern zu dulden. Nur so kann das Recht auf Einheit der Familie gewahrt werden, ohne Bundesrecht zu verletzen.
4. Der Gemeinderat wird beim Bund vorstellig und fordert eine Änderung der Prüfungspraxis der Gesuche um Härtefallbewilligungen gemäss Art. 14 des Asylgesetzes, welche von Familien von jugendlichen Sans Papiers mit einer Lehrstelle gestellt werden. Die Integration der Familien ist in ihrem aktuellen Wohnkanton zu prüfen und nicht in dem Kanton, in welchem sie vormals ein Asylgesuch gestellt haben.

5. Die städtische Fremdenpolizei tritt bei Vorhandensein einer Lehrstelle eines Familienmitglieds auf ein Gesuch um Härtefallbewilligung gemäss Art. 30 des Ausländergesetzes zwingend von sich aus ein und leitet es an das BFM weiter, auch wenn sich herausstellt, dass die Gesuchstellenden vormals ein Asylgesuch gestellt hatten und demnach ein Gesuch nach Artikel 14 Asylgesetz gestellt werden müsste.

Bern, 28. Februar 2013

Erstunterzeichnende: Christa Ammann

Mitunterzeichnende: Cristina Anliker-Mansour, Sabine Baumgartner, Katharina Altas, Lena Sorg, Lea Kusano, Sandra Ryser, Thomas Göttin, Hasim Sönmez, Silvia Schoch-Meyer, Michael Sutter, Halua Pinto de Magalhães, Luzius Theiler, Melanie Mettler, Lea Bill, Yasemin Cevik, Ursula Marti, Stefan Jordi, Peter Marbet, Esther Oester, David Stampfli, Rolf Zbinden, Rithy Chheng, Mess Barry, Annette Lehmann, Marieke Kruit, Bettina Stüssi, Lukas Meier, Christine Michel

Antwort des Gemeinderats

Der Inhalt der vorliegenden Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der Zuständigkeit der fremdenpolizeilichen Vollzugsbehörden liegt. Es kommt ihr der Charakter einer Richtlinie zu. Sollte die Motion erheblich erklärt werden, ist sie für den Gemeinderat nicht bindend. Er hat bei Richtlinienmotionen einen relativ grossen Spielraum hinsichtlich des Grads der Zielerreichung, der einzusetzenden Mittel und der weiteren Modalitäten bei der Erfüllung des Auftrags, und die Entscheidungsverantwortung bleibt bei ihm.

Der Gemeinderat setzt sich für eine kohärente Praxis bezüglich der Regelung von Familien von jugendlichen Sans Papiers ein. Die Grundlagen hierfür werden in der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE; SR 142.201) genannt. Die Umsetzung dieser gesetzlichen Norm obliegt den Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei (EMF) der Stadt Bern. Diese handeln und entscheiden im Rahmen der ausländerrechtlichen Bestimmungen und Weisungen des Bundesamts für Migration (BFM). Dabei gilt es, unter Einbezug aller wichtigen Akteurinnen und Akteure wie der Betroffenen und deren Familien, den Arbeitgebenden, der Gewerkschaften, der Frauen- und Migrationsorganisationen sowie der Behörden, tragfähige Lösungen zu finden.

Zu Punkt 1:

Sobald den Einwohnerdiensten, Migration und Fremdenpolizei (EMF) der Stadt Bern die notwendigen entscheidungsrelevanten Unterlagen bezüglich der Familienmitglieder und die Transparenz bezüglich der Lebenssituation vorliegen, erfolgt die Gesuchsprüfung und Beurteilung der Voraussetzungen im Sinne von Artikel 31 der Verordnung vom 24. Oktober 2007 über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE; SR 142.201). Dies kann, je nach Fall, länger als die beantragten 10 Tage dauern. Die Entscheide werden rasch möglichst getroffen.

Zu Punkt 2:

Bei der Beurteilung der Gesuche kommen die entsprechenden Kriterien gemäss Artikel 31 der VZAE zur Anwendung. Bei positiver Beurteilung durch die Einwohnerdienste, Migration und Fremdenpolizei (EMF) der Stadt Bern werden diese grundsätzlich dem BFM zur Zustimmung unterbreitet.

Zu Punkt 3:

Das Ausländerrecht kennt den Begriff „Duldung“ nicht. Grundsätzlich wird die Situation gesamtheitlich und im Kontext mit den gesetzlichen Grundlagen beurteilt. Dabei gilt die ständige Rechtsprechung des

Bundesverwaltungsgerichts sowie des Bundesgerichts, welche besagt, dass ein erwerbsloser Aufenthalt nur dann bewilligt werden kann, wenn sich daraus kein Fürsorgerisiko ergibt. Solche Fälle werden einzelfall- und situationsbezogen beurteilt.

Zu Punkt 4:

Die Haltung der politischen Mehrheit im eidg. Parlament und im Bundesrat bezüglich der Prüfungspraxis der Gesuche um Härtefallbewilligungen wurde bereits mehrmals diskutiert und richtet sich nach den bestehenden Normen. Bereits heute richtet sich die Bewilligungspraxis in jedem ausländerrechtlichen Verfahren ausschliesslich nach dem Wohnsitzprinzip. Das heisst, dass für Personen, welche in der Stadt Bern wohnen, generell die Zuständigkeit bei den Einwohnerdiensten, Migration und Fremdenpolizei (EMF) der Stadt Bern liegt.

Zu Punkt 5:

Beim Vorhandensein einer Lehrstelle werden im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten nach den Artikeln 30 und 31 VZAE die Gesuche in ihrer Gesamtheit überprüft. Der Artikel 14 des Asylgesetzes (AsylG; SR 142.31) findet bei den sogenannten Sans Papiers keine Anwendung.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen; er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegen zu nehmen.
2. Die Antwort gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 28. August 2013

Der Gemeinderat